

# Antrag auf Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis

Telefax: 06074-8180-4930

E-Mail: [bauaufsicht-baulasten@kreis-offenbach.de](mailto:bauaufsicht-baulasten@kreis-offenbach.de)

KREIS OFFENBACH Der Kreisausschuss Fachdienst 63 Bauaufsicht - Baulasten - Werner-Hilpert-Straße 1 63128 Dietzenbach		Eingangsstempel:		
Grundstück	Stadt/Gemeinde, Straße, Hausnummer			
	Gemarkung, Flur, Flurstück			
Antragsteller (Empfänger und Kostenträger)	Vorname, Nachname und Anschrift			
Antragsgrund				
Gebühren	Die Gebühren für die Baulastauskunft bzw. Einsichtnahme in das Baulastenverzeichnis ermitteln sich nach den Nummern 64621 und 64622 des Verwaltungskostenverzeichnisses zur Bauaufsichtsgebührensatzung (BAGebS) des Kreises Offenbach in der jeweils geltenden Fassung. Derzeit (Stand 29.12.2018) belaufen sich die Gebühren auf:			
	64621	Erteilung von schriftlichen Auskünften aus dem Baulastenverzeichnis		
		Negativbescheinigung	je Flurstück	30,00 €
		Baulastauszug / unbeglaubigt	je Flurstück	50,00 €
	Baulastauszug / beglaubigt	je Flurstück	60,00 €	
64622	Einsichtnahme in das Baulastenverzeichnis und die Baulastakten	je Flurstück	30,00 €	
Unterschrift	<hr/> Datum / Unterschrift			

## Information gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Gemäß Art. 13 DSGVO sind wir verpflichtet, Sie über die wesentlichen Inhalte der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der gewünschten Verwaltungshandlung zu informieren.

<b>Kontaktdaten</b>	
Verantwortlicher gem. Art. 4 Ziffer 7 DSGVO für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:	Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach Telefon: 06074/8180-0, E-Mail: info@kreis-offenbach.de
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten gem. Art. 37 ff. DSGVO in Verbindung mit §§ 5 ff. HDSIG	Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach Telefon: 06074/8180-5408 E-Mail: datenschutz@kreis-offenbach.de
Ihre Rechte als Betroffene/r:  Als betroffene Person informieren wir Sie darüber, dass Sie ein Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten gem. Art. 15 DSGVO, ein Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten gem. Art. 16 DSGVO, ein Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten gem. Art. 17 DSGVO, ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO, ein Recht auf Datenübertragbarkeit bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO sowie in den Fällen des Art. 21 Abs. 1 und 2 DSGVO ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung haben.  Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage Ihrer Einwilligung erfolgt, haben Sie das Recht, diese im Sinne von Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.  Weiterhin haben Sie die Möglichkeit, sich wegen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren. Zuständige Aufsichtsbehörde: Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden	

<b>Umfang der Verarbeitung</b>	
Die von Ihnen erhobenen personenbezogenen Daten werden zu folgendem Zweck verarbeitet:	Genehmigung eines Antrages gem. HBO (Hessische Bauordnung) bzw. Baugesetzbuch (BauGB), Ordnungsverfahren
Die Rechtsgrundlage für die oben geschilderte Datenverarbeitung findet sich in:	Hessische Bauordnung, Baugesetzbuch, Baunutzungsverordnung, Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz
Ihre Daten werden zum Zweck der Bearbeitung Ihres Anliegens an folgende Empfänger weitergeleitet:	Fachbehörden, Gemeinden, Angrenzende Nachbarn
Ihre Daten werden bei uns entsprechend den rechtlichen Vorgaben für die nebenstehend angegebene Dauer gespeichert. Danach werden sie gelöscht.	Speicherdauer: -unbefristet, auf Dauer
Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist aus folgendem Grund erforderlich	- gesetzlich vorgeschrieben - gem. Art. 6 Abs. 1 lit. E DS-GVO erforderlich
Im Falle, dass Sie nicht bereit sind, die erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen, weisen wir Sie darauf hin, dass dies zur Folge hat, dass	Die beantragte Leistung/Genehmigung nicht erteilt werden kann